

A stylized world map composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red. The map is centered behind the title text.

Die Präsidentschaftswahl und der Kampf um die Deutungshoheit über die Islamische Republik Iran

ADNAN TABATABAI

Juni 2013

- Mit dem Ende der Ära Ahmadinedschad endet eine achtjährige Phase des innen- und außenpolitisch populistisch-konfrontativen Politikstils, der relevante Machtverschiebungsprozesse innerhalb des Systems zur Folge hatte.
- Die Disqualifikation Hashemi-Rafsandschanis als Präsidentschaftskandidat ist kennzeichnend für einen innersystemischen Kampf um die Deutungshoheit über die Islamische Republik.
- Die Wahl könnte sich zu einem finalen Zweikampf zwischen Hassan Rouhani und Sa'ïd Dschalili entwickeln. Während Rouhani das Reformlager sowie Rafsandschani hinter sich wähnt, gilt Dschalili als Wunschkandidat des Revolutionsführers Chamenei und der ihm gegenüber loyalen Eliten.
- Ungeachtet des Ausgangs der Wahl wird Iran außenpolitisch an Handlungsfähigkeit gewinnen. Dies sollte als Chance begriffen werden, eine neue Iran-Politik zu entwickeln, die klare Auswege aus dem Nuklearstreit aufzeigt.

Am 14. Juni wird zum elften Mal in der 34-jährigen Geschichte der Islamischen Republik ein Staatspräsident gewählt. Auch diesmal sind relevante Dynamiken zu beobachten. In dem sehr kurzfristig angelegten Wahlkampf können binnen weniger Tage bedeutende Entwicklungen eintreten, die in der Lage wären, sämtliche Vorzeichen oder Prognosen entscheidend zu verändern. Dennoch soll mit diesem Paper eine solche Vorausschau gewagt werden. Neben der Gewissheit, dass der derzeitige Präsident Mahmoud Ahmadinedschad aufgrund der konstitutionell festgelegten Beschränkung der Präsidentschaft auf zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten seinen Posten niederlegen wird, sind weitere wegweisende Nuancen und Vorzeichen aufzuzeigen, die sich je nach Verlauf der Wahl entscheidend auf die Zukunft der Islamischen Republik Iran auswirken könnten.

Das Ende der Ära Ahmadinedschad

Ahmadinedschads Politikstil als Katalysator relevanter Machtverschiebungsprozesse

Die acht Jahre Präsidentschaft von Mahmoud Ahmadinedschad waren gekennzeichnet von einem populistisch-konfrontativen Politikstil – ein Politikstil, der die Kultur des politischen Nullsummenspiels stark internalisiert hat.¹ Bereits während seiner ersten Amtszeit wurden zwei innenpolitisch bedeutsame Machtverschiebungsprozesse in Gang gesetzt: Die Reformbewegung samt ihrer Parteien und Persönlichkeiten wurde mehr und mehr ins politische Abseits manövriert und das Machtzentrum des ehemaligen Staatspräsidenten Ali Akbar Hashemi-Rafsanjani empfindlich geschwächt, indem dessen Einflussbereiche reduziert wurden. Gemäß vielen Beobachtern verliefen diese Dynamiken im Interesse des engen Führungszirkels um Revolutionsführer Ayatollah Ali Chamenei, der seine Position durch die Popularität der Reformer einerseits und das weitreichende politische Netzwerk Rafsanjanis andererseits gefährdet sah. In diesem Zusammenhang muss auch die umstrittene Wiederwahl Ahmadinedschads 2009 betrachtet werden. Unerschrocken und unbeeindruckt setzte dieser seinen wenig versöhnlichen Politikstil fort und fühlte sich in seiner Position gestärkter denn je. Schließlich trug der Sicherheitsapparat, flankiert von medialen Kampagnen

und einem kohärent operierenden Justizsystem, dafür Sorge, dass seine Präsidentschaft trotz der massiven Proteste unberührt blieb. Der Unterstützung des Revolutionsführers konnte er sich überdies sicher sein.

Ahmadinedschad pokert zu hoch

Aus diesem Gefühl der Stärke heraus entwickelte Ahmadinedschad die Aspiration, sich innen- und außenpolitisch ein Netzwerk zu erarbeiten, das seinen Einfluss über seine Präsidentschaft hinaus sicherstellen würde. Ähnlich wie vorher Mohammad Chatami und Hashemi-Rafsanjani strebte er an, eine bedeutende politische Figur des Systems zu bleiben. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die bereits vor ihrer jeweiligen Präsidentschaft über systeminterne Autorität verfügten, musste sich der wesentlich jüngere Ahmadinedschad diese erst erarbeiten. Im Zuge dieses Bemühens überspannte er den Bogen und überwarf sich schließlich mit Revolutionsführer Chamenei. Das hierfür entscheidende politische Manöver Ahmadinedschads war sein (gescheiterter) Versuch im Frühjahr 2011, einen seiner Vertrauten als Stellvertreter unter Geheimdienstminister Heydar Moslehi zu installieren. Als Konsequenz ersuchte der Chamenei nahestehende Moslehi seinen Rücktritt beim Revolutionsführer, der ihm diesen jedoch verweigerte und Moslehi stattdessen im Amt hielt. Von diesen Spannungen erholte sich das Verhältnis Ahmadinedschads zu Chamenei nicht mehr, sodass sich innerhalb des konservativen Lagers der Prinzipientreuen und Traditionalisten eine Akzentuierung der Konfliktlinien entwickelte. Die Kritik an der Regierung Ahmadinedschad wurde frequentierter und schärfer. Implizit richtete sie sich auch zunehmend an diejenigen, die Mahmoud Ahmadinedschad stark gemacht hatten. Infolgedessen wendeten sich einige seiner ehemaligen Unterstützer aus Klerus, politischer Elite und Revolutionsgarden von ihm ab, sodass der Eindruck entstand, die Präsidentschaft Ahmadinedschads würde nur noch »ausgesessen«, statt mit seiner Regierung wichtige Politiken zu entwickeln.

Außenpolitisch nur bedingt handlungsfähig

Es waren diese teilweise offen ausgetragenen innenpolitischen Spannungen, die dazu führten, dass die Islamische Republik außenpolitisch zuletzt nur bedingt handlungsfähig gewesen ist. Hierbei konkurrierten das

1. Vgl.: Ehteshami, A. / Zweiri, M. (2007): Iran and the Rise of its Neoconservatives. The Politics of Tehran's Silent Revolution, London: I. B. Tauris.

Außenministerium, der Hohe Nationale Sicherheitsrat sowie die außenpolitischen Berater des Revolutionsführers und bremsen einander bisweilen aus. Aus innenpolitischen Erwägungen mussten außenpolitische Handlungen zurückgehalten werden. Diese Dynamiken standen einer klaren außenpolitischen Ausrichtung im Wege. Den drängenden Herausforderungen (etwa Nuklearstreit und Syrien-Konflikt) zu begegnen, wurde hierdurch massiv erschwert. Längst scheint es unabdingbar, dass zur Lösung des Nuklearstreits bilaterale Gespräche zwischen Teheran und Washington stattfinden müssen. Signale hierzu sind von den politischen Eliten beider Staaten zu vernehmen. Doch solange auf der politischen Bühne des Iran keine Ruhe einkehrt, wird ein derart bedeutender Schritt nicht erfolgen. Eben diese Ruhe könnte – je nach Verlauf – im Anschluss an die nun anstehende Präsidentschaftswahl eintreten.

Vorzeichen der elften Präsidentschaftswahl

Kandidatenauswahl und Disqualifikation Rafsandschanis

Insgesamt 686 Kandidaten und Kandidatinnen hatten sich bis zum 11. Mai im Innenministerium für die Präsidentschaftswahl registrieren lassen. Dass hiervon nach der zehntägigen Prüfungsprozedur des Wächterrats nur eine kleine handverlesene Zahl übrig bleiben würde, ist allseits erwartet worden. Entscheidend war vor der Verkündung der finalen Kandidaten jedoch die Frage, wie der Wächterrat mit den Kandidaturen des ehemaligen Staatspräsidenten und aktuellen Schlichtungsratsvorsitzenden Hashemi-Rafsandschani sowie des umstrittenen Ahmadinedschad-Vertrauten Rahim-Maschai umgehen würde – letztendlich wurden beide disqualifiziert. Im Falle Rahim-Maschais war dies zu erwarten gewesen, da es bereits im Vorfeld zahlreiche Kontroversen um seine Person gegeben hatte. Wesentlich überraschender war indes die Nichtzulassung Hashemi-Rafsandschani. Zwar ist bekannt, dass das Verhältnis zwischen ihm und Revolutionsführer Chamenei von persönlichen und politischen Spannungen geprägt ist, doch dass einem politischen Akteur die Qualifikation (»*salaahiyat*«) für das Präsidentenamt abgesprochen wird, der in der noch jungen Geschichte der Islamischen Republik bereits Parlamentssprecher, Staatspräsident und Vorsitzender des Expertenrats gewesen war und bis heute das Amt des Vorsitzenden des Schlichtungsrats innehat, musste letztlich überraschen. Zu hoch erschienen im Vorfeld die

politischen Kosten der Disqualifikation einer solchen Figur. Namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft und Geistlichkeit hatten eine Kandidatur Rafsandschani gefordert und diese später auch begrüßt. Mit den Großayatollahs al-Sistani aus dem irakischen Nadschaf sowie Vahid-Khorasani aus Ghom zählten zwei der bedeutendsten schiitischen Geistlichen dazu. Ebenso standen die führenden Figuren des Reformlagers, allen voran Mohammad Chatami, geschlossen hinter der Kandidatur Hashemi-Rafsandschani. Prominente Aktivisten der Grünen-Bewegung im In- und Ausland meldeten sich ebenfalls zu Wort und schienen ihr Vorhaben, nach den Geschehnissen von 2009 nicht mehr wählen zu gehen, nun ernsthaft zu überdenken. Es wurde gar vermeldet, dass Oscar-Gewinner Asghar Farhadi angeboten hatte, Wahlkampfvideos für Hashemi-Rafsandschani zu produzieren. Und schließlich reihte sich selbst der im Exil lebende Journalist Akbar Gandschi in den Kreis der Fürsprecher Hashemi-Rafsandschani ein.² Dabei war es ebendieser Gandschi, der Ende der 1990er die Medienkampagne gegen Hashemi-Rafsandschani federführend lanciert hatte, in ihm nun aber einen Wegbereiter besserer Zeiten sieht. Bei diesem weitreichenden Zuspruch aus höchst unterschiedlichen Spektren stellt sich die Frage, was in der möglichen Präsidentschaft Hashemi-Rafsandschani gesehen wurde.

Suche nach Auswegen aus sich zuspitzenden Krisen

Der zu Beginn dieses Papiers erwähnte konfrontativ-populistische Politikstil Ahmadinedschads hat das innenpolitische Klima in den vergangenen acht Jahren zunehmend vergiftet und antagonistisch gestaltet. Dieser Antagonismus eskalierte mit der Präsidentschaftswahl 2009. Das Krisenmanagement der Systemführung – die Regierung Ahmadinedschad eingeschlossen – setzte nicht auf Aussöhnung, sondern auf Ausgrenzung und Kriminalisierung. Diese Entwicklungen trugen zu einer zunehmenden Entfremdung weiter Teile der Bevölkerung von der politischen Klasse bei. Prominente Reformakteure mit teilweise bedeutenden politischen Biografien wurden inhaftiert oder ins politische Abseits gedrängt. Ihre Gefolgschaft, Unterstützer und Aktivisten erlitten

2. Vgl.: Akbar Gandschi: »Az aalijenaab sorkhpoush taa aalijenaab sabzpush«, 15. Mai 2013; <http://www.radiozamani.com/69893#.Uab-VI5OH4E> (persisch); Arash Karami: »Journalist Who Identified Rafsanjani in Chain Murders Sees Opportunity in Candidacy«, 17. Mai 2013; <http://iranpulse.al-monitor.com/index.php/2013/05/2025/journalist-who-identified-rafsanjani-in-chain-murders-sees-opportunity-in-candidacy/>.

ein ähnliches Schicksal. So vollzog sich ein Exklusionsprozess sowohl auf politischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Ein schwer zu kittender Riss hat sich seither auf beiden Ebenen ausgeweitet. Der politische Kontext der Islamischen Republik war zwar schon immer divers, doch selten standen sich in der Nachkriegszeit unterschiedliche politische Ausrichtungen derart konfrontativ gegenüber. Begleitet wurde diese Entwicklung von der verstärkten Präsenz des Sicherheits- und Geheimdienstapparats im Alltagsleben sowie der sich zuspitzenden Restriktion des Mediensystems. Allerdings blieb es nicht ausschließlich bei dieser eher politisch bedingten Krisensituation. Die Lage der Wirtschaft hat sich ebenfalls zunehmend verschlechtert. Besonders akut sind hierbei drei Aspekte: Arbeitslosigkeit, Inflationsrate und der Wertverlust des Rial.³ Zwar steht die iranische Wirtschaft keineswegs vor dem Kollaps,⁴ wie es viele Beobachter immer wieder zu prophezeien suchen, doch ein wirtschaftlicher »Überlebenskampf« geht selten mit nachhaltigem, wirtschaftlichen Wachstum, geschweige denn mit wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit einher.

Rafsandschani als Integrationsfigur und der Kampf um die Deutungshoheit

Um diese massiven Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, bedarf es eines Akteurs, der imstande ist, die stärksten politischen und wirtschaftlichen Kräfte zu bündeln und in eine Ära des »zweiten Wiederaufbaus« (in Anlehnung an die »Ära des Wiederaufbaus« in der Nachkriegszeit) zu leiten. Ähnlich wie in den neunziger Jahren ist ein vornehmlich pragmatisch-technokratischer Politikansatz vonnöten, um die vorhandenen Ressourcen an Know-how und Humankapital zusammenzuführen. Die Fähigkeit, derartige Prozesse zu initiieren und zu koordinieren, wurde in Ali Akbar Hashemi-Rafsandschani gesehen.⁵ Kaum ein Zweiter personifiziert die Islamische Republik und die ihr vorangegangene Revolution so sehr wie er. Sein politisches Geschick, sich vor allem in den vergangenen acht Jahren trotz heftigster Angriffe gegen seine Person weiter in der Mitte des Systems zu halten,

zeigt, dass er der eigentliche *Politiker* unter der geistlichen Führungselite des Iran ist. Auch er hat nichts als den Erhalt des Systems im Sinn, doch geht dieses Bestreben nicht unbedingt mit der Konsolidierung der Machtposition des Revolutionsführers Chamenei einher.

Hier zeigen sich wesentliche Unterschiede in der Wahrnehmung der Islamischen Republik. Während die Unterstützer Rafsandschani die Islamische Republik in erster Linie als politisches System begreifen, entwickelt der Führungszirkel um Revolutionsführer Chamenei ein Narrativ der Islamischen Republik, welches in Gänze auf seine Person zugeschnitten ist. Gemäß dieser Lesart wird die Figur des Revolutionsführers über dem System positioniert und folgerichtig die Konsolidierung der Machtposition Chameneis angestrebt. Dies könnte erklären, warum Rafsandschani nicht zur Wahl zugelassen wurde. Zwar ist sein Alter von 78 Jahren als Hauptgrund genannt worden, doch besteht kaum Zweifel daran, dass diesem Beschluss politische Erwägungen zugrunde lagen. Noch ist möglich, dass Revolutionsführer Chamenei den Wächterrat per Führungsdekret (»*hokm-e hokumati*«) bis 48 Stunden vor dem Wahltermin überstimmt und Rafsandschani zur Wahl zulässt. Gemessen an den öffentlichen Aussagen und Abhandlungen von Chamenei nahestehenden Akteuren und Medien, ist ein solcher Schritt jedoch unwahrscheinlich.

Die verbleibenden Kandidaten: Wer kandidiert bis zum Schluss?

Aus dem Kreis der acht zugelassenen Kandidaten⁶ werden drei bis vier ihre Kandidatur vermutlich vor dem Wahltermin zurückziehen. Zu dieser Gruppe gehören Mohammad Reza Aref, Gholam Ali Haddad Adel und Mohammad Gharasi. Aref tritt als einziger Reformkandidat an. Sein jüngster TV-Auftritt hat dadurch beeindruckt, dass er in klaren Worten die derzeitigen Missstände kritisiert und konkrete Ansätze zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme – hierbei besonders Inflation und Arbeitslosigkeit – aufgezeigt hat.⁷ Chancen zur Schaffung von Arbeitsplätzen sieht er in der Wiederbelebung der Industrie, in der Medien- und Kommunikationstechnologie sowie im Tourismus. Allerdings ist zu

3. Vgl.: Seyed Hossein Mousavian: »Next Iranian President Faces Economic, Foreign Policy Tests«, 27. Mai 2013; <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/05/next-iran-president-challenges.html>.

4. Vgl.: Djavad Salehi-Isfahani: »Understanding the Rial's Freefall«, 4. Oktober 2012; <http://www.lobelog.com/understanding-the-rials-freefall/>.

5. Vgl.: Bijan Khajepour: »Can Rafsanjani Save Iran's Economy?«, 15. Mai 2013; <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/05/rafsanjani-candidacy-iran-economy.html>.

6. Vgl.: Adnan Tabatabai: »Wer wird Irans Präsident?«, 23. Mai 2013; <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-05/iran-wahl-kandidaten>.

7. Vgl.: Mohammad Reza Aref im Fernsehinterview (persisch), 29. Mai 2013; <http://www.youtube.com/watch?v=yw1RnvShGCI>.

bezweifeln, dass es ihm gelingen wird, sein politisches Profil binnen kurzer Zeit ausreichend zu schärfen, um ein aussichtsreicher Kandidat zu werden. Der ehemalige Parlamentssprecher Haddad Adel ist zwar ein enger Vertrauter des Revolutionsführers, doch auch ihm mangelt es am notwendigen Charisma, um sich ernsthafte Chancen ausrechnen zu können. Zwar gilt er als Insider mit fraktionsübergreifendem Blick, doch die Rolle als Chef der Exekutive wird ihm nicht zugetraut. Der ehemalige Post- und Telekommunikationsminister Gharasi war seit Ende der 1990er Jahre der politischen Bühne fern. Er ist ein zu unbekannter Akteur, als dass er jetzt eine bedeutende Rolle spielen könnte. Weder auf politischer noch auf gesellschaftlicher Ebene wird er etwas bewegen können.

Bleiben noch der Teheraner Bürgermeister Mohammad Bagher Ghalibaf, der ehemalige Außenminister Ali Akbar Velayati, der ehemalige Nuklearunterhändler Hassan Rouhani, der stellvertretende Vorsitzende des Schlichtungsrats Mohsen Resai sowie der derzeitige Nuklearunterhändler Sa'ïd Dschalili. Ghalibaf und Velayati gehören gemeinsam mit Haddad Adel der »2+1«-Koalition an, aus der – zumindest ist es so verabredet worden – ein Kandidat hervorgehen wird. So ist wahrscheinlich, dass einer von ihnen seine Kandidatur zugunsten des Anderen zurückziehen wird. Ghalibaf hat hierbei die besseren Chancen. Als Teheraner Bürgermeister ist er aufgrund seiner guten administrativen Arbeit beliebt und wird allseits als charismatisch wahrgenommen. In der Darlegung seines außenpolitischen Programms übte er scharfe Kritik an der schädlichen und mit den Werten der Islamischen Republik unvereinbaren Leugnung des Holocaust.⁸ Seine dem Westen gegenüber vergleichsweise versöhnliche Position verschafft ihm Beliebtheit. Allerdings dürften ihn seine jüngsten Aussagen bezüglich seiner maßgeblichen Rolle bei der Zerschlagung der Studentenunruhen 1999 manchen Zuspruch in der potenziellen Wählerschaft gekostet haben.

Velayati genießt als wichtigster außenpolitischer Berater des Revolutionsführers dessen absolutes Vertrauen. Er ist darum bemüht, die internationalen Beziehungen des Iran während seiner Zeit als Außenminister in den Vordergrund zu stellen und seine bedeutende Rolle dabei

hervorzuheben.⁹ Doch wird es schwer, eine Kampagne zu entwickeln, die ihm eine ausreichende populäre Basis verschafft. Auch Resai wird es in seinem dritten Anlauf kaum gelingen, sich eine bedeutende Wählerschaft aufzubauen. Als ehemaliger Chef der Revolutionsgarden und ranghohes Mitglied des Schlichtungsrats genießt er auf politischer Ebene hohes Ansehen. Dieses hat sich jedoch zu keiner Zeit auf die Gesellschaft übertragen.

Kandidat des Systems vs. Kandidat des Revolutionsführers

Etwas aussichtsreicher könnte sich indes die Kandidatur von Hassan Rouhani entwickeln. Er genießt als Repräsentant des Revolutionsführers im Hohen Nationalen Sicherheitsrat dessen Vertrauen. Gleichzeitig steht der einzige Geistliche unter den Kandidaten politisch den Reformern nahe und ist dem pragmatisch-moderaten Politikstil Rafsandschanis zugeneigt. Mit seinen medial wirksamen Angriffen auf die staatliche Rundfunkanstalt IRIB konnte er gesellschaftlich ebenso punkten wie mit dem Vorhaben, sich für die Freilassung unter Hausarrest stehender und inhaftierter Akteure einzusetzen. Bekannt als »*sheykh-e diplomat*« wird ihm gemeinhin diplomatisches Geschick im Umgang mit dem Westen zugetraut.¹⁰ Zudem kritisierte er ebenfalls die Holocaust-Leugnung als für das System schädlichen Ansatz und setzt sich für bessere Beziehungen mit dem Westen ein. Sollte er im Endspurt seines Wahlkampfes deutliche Unterstützung von Rafsandschani und Chatami erhalten, ist ihm eine breite populäre Basis zuzutrauen.

Bleibt der vermeintliche Favorit der Wahl: Sa'ïd Dschalili.¹¹ Er ist mit 48 Jahren der jüngste Kandidat und unter den oben genannten Kandidaten zweifellos der loyalste gegenüber Revolutionsführer Chamenei. Dank seines Postens als Nuklearunterhändler kann er sich als führende Figur dieses prestigeträchtigen Politikums darstellen. Sein wenig kompromissbereiter Ansatz wird in der Regime-elite ebenso geschätzt wie sein in religiöser Terminologie getränkter Diskurs. Beobachter sehen daher neben seiner politischen auch eine ideologische Nähe zu Chamenei. Sollte dies zu einer geschlossenen Unterstützung seiner

8. Vgl.: Arash Karami: »Potential Presidential Candidate Says Holocaust Denial Was Damaging«, 23. April 2013; <http://iranpulse.al-monitor.com/index.php/2013/04/1842/presidential-candidate-ghalibaf-says-holocaust-denial-was-damaging/>.

9. Vgl. Ali Akbar Velayati im Fernsehinterview (persisch), 25. Mai 2013; <http://www.youtube.com/watch?v=3CDk628j3F8>.

10. Vgl.: Gareth Smith: »Could former nuclear negotiator help bring Iran in from the cold?«, 24. April 2013, <http://www.guardian.co.uk/world/iran-blog/2013/apr/24/former-nuclear-negotiator-iran-cold>.

11.

Kandidatur durch die Chamenei nahestehende Regime-elite – bestehend aus Geistlichkeit, Revolutionsgarden und Bassidsch-Organisation – führen, ist mit einem nicht zu unterschätzenden Mobilisierungspotenzial zu rechnen. Zwar wird derzeit viel über eine vermeintliche Verbindung zwischen Dschalili und Ahmadinedschad spekuliert,¹² es wäre zu diesem Zeitpunkt aber verfrüht, diese Annahmen in ihrer Substanz zu bewerten. Zweifellos würde eine solche Verbindung jedoch neue Dynamiken in Gang setzen.

Derzeit spricht vieles dafür, dass keiner der Kandidaten am 14. Juni die 50-Prozent-Marke erreichen und die Wahl damit eine zweite Runde erfordern wird. Diese zweite Runde könnte zwischen Rouhani als »Kandidat des Systems« und Dschalili als »Kandidat des Revolutionsführers« ausgefochten werden. Im Zuge dieser finalen Entscheidung wird eine bedeutende Weichenstellung entlang des oben beschriebenen Kampfes um die Deutungshoheit über die Islamische Republik erfolgen. Eine Wahl Rouhanis ginge einher mit einem pragmatischer ausgerichteten Politikansatz und der Stärkung des Systems als politische Entität, während eine Wahl Dschalilis in erster Linie die weitere Konsolidierung der unantastbaren Machtposition Chameneis und eine verstärkt ideologisch getriebene Innen- und Außenpolitik bedeuten würde.¹³

Die Rolle des Volkes

Wahlbeteiligung – eine kaum zu messende Variable

Viel wird spekuliert über die Frage der Wahlbeteiligung. Und tatsächlich ist diese Variable sehr schwierig zu messen, da es kaum möglich ist, unabhängige Studien über das Wahlverhalten durchzuführen. Zudem lebt der Wahlkampf im Iran von seiner Kurzfristigkeit. Stimmungsbilder können sich innerhalb weniger Wochen und Tage ändern, sodass nur mehr oder weniger plausibel spekuliert werden kann, ob sich die Iraner in breiter Mehrheit zur Urne bewegen werden. Ein möglicher Wahlboykott ließe sich damit erklären, dass ein Teil der Bevölkerung von

den Geschehnissen nach der Wahl 2009 traumatisiert ist. Vermeintliche Wunsch Kandidaten (allen voran Rafsandschani und Mashai) wurden vom Wächterratt ausgegrenzt und sind schlichtweg nicht wählbar. Sofern keine Alternative unter den acht verbliebenen Kandidaten gesehen wird, könnte dies dazu führen, dass viele den Urnen fernbleiben. Und doch sprechen einige Gründe dafür, dass die Beteiligung höher ausfällt, als gemeinhin angenommen wird.

1. Parallel zur Präsidentschaftswahl finden Kommunalratswahlen statt. Diese kleinste Einheit direkt-demokratischer Prozesse in Iran wird oft in ihrer Relevanz unterschätzt. Viele lokale Sachverhalte werden auf der Ebene der Kommunal- und Stadträte administriert, sodass die Beteiligung an diesen Wahlen in der Vergangenheit relativ hoch war.¹⁴ Da die Wahlen in denselben Wahllokalen abgehalten werden, dürfte die Mobilisierung der Wähler für die Präsidentschaftswahl damit einfacher werden.
2. Unabhängig davon, dass der Anteil derer, die aus ideologischer und politischer Überzeugung an der Wahl teilnehmen, vermutlich größer ist als angenommen – und so ein Mindestmaß an Partizipation gesichert ist –, gilt auch unter weiten Teilen der unzufriedenen und mitunter leidenden Bürgerinnen und Bürger die Teilnahme an Wahlen weiterhin als die einzige Möglichkeit der politischen Einflussnahme. In diesem Zusammenhang muss auch zwischen Regierungs- und Regimekritik unterschieden werden. So klein der Kreis politischer Alternativen auch sein mag, werden wichtige Nuancen zwischen den Kandidaten erkannt, welche innersystemisch für Besserung sorgen könnten.¹⁵ Dramatisch anmutende Entwicklungen in der Region (vor allem Libyen und Syrien) dürften ebenfalls zu dieser Sichtweise beitragen. Schließlich führte der Weg des Aufstandes zu teils langanhaltenden Unruhen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen.
3. Zu guter Letzt muss bedacht werden, dass bei der Teilnahme an Wahlen jeder Bürger einen Stempel in seinen Pass erhält. Staatliche Institutionen und an Re-

12. Vgl.: Muhammad Sahimi: »Fissures in the IRGC as Jalili is Endorsed by Ahmadinejad Supporters«, 28. Mai 2013; <http://muftah.org/fissures-in-the-irgc-as-jalili-is-endorsed-by-ahmadinejad-supporters/>.

13. Zum Wechselspiel von Ideologie und Pragmatismus im außenpolitischen Handeln der Islamischen Republik Iran siehe: Walter Posch: »Dritte Welt, globaler Islam und Pragmatismus. Wie die Außenpolitik Irans gemacht wird«, März 2013; http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/iran_dritte_welt_globaler_islam_und_pragmatismus.html.

14. Vgl. Reza H. Akbari / Saeed Aganji: »Why Iran's City Council Elections Matter«, 19. Mai 2013; <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/05/iran-city-council-elections.html>.

15. Vgl. Hooman Majd: »Iran's Democracy of Small Differences«, 22. Mai 2013; <http://www.foreignaffairs.com/articles/139401/hooman-majd/irans-democracy-of-small-differences>.

volutionsgarden gebundene Unternehmen sind die Hauptarbeitgeber im Staat. Deren Beschäftigte werden daher vermutlich dazu tendieren, an den Wahlen teilzunehmen. Allerdings bleibt offen bzw. geheim, für wen oder ob sie überhaupt eine gültige Stimme abgegeben werden.

Es ist davon auszugehen, dass eine Wahlbeteiligung von mindestens 60 Prozent verkündet wird. Ob ein solcher offizieller Wert dem *tatsächlichen* entspricht, wird kaum zu überprüfen sein. Aufgrund der oben geschilderten Gründe wäre eine hohe Mobilisierung der Wähler jedoch denkbar. Die verbleibende Wahlkampfzeit wird hierbei von maßgeblicher Bedeutung sein.

Außenpolitische Implikationen und Politikempfehlungen

Umgang mit dem iranischen Staat

Trotz der Unterschiede im jeweiligen Politikansatz wird sich auch nach dieser Wahl die Position des Iran zu den für die internationale Staatengemeinschaft wichtigen Fragen nicht ändern. Das Nuklearprogramm wird weiterhin als unbestreitbares Recht betrachtet und Syriens Bashar al-Assad als Verbündeter unterstützt werden. Auch die Haltung im Nahost-Konflikt wird unverändert bleiben. Die anti-imperialistisch begründete Überzeugung, sich gegen westliche Einflüsse in der Region zu stellen, bleibt als *raison d'être* der iranischen Außenpolitik bestehen. Der Politikstil, mit dem diese außenpolitischen Positionen vertreten werden, könnte sich hingegen ändern. Allein der Unterschied zwischen der Präsidentschaft Chatamis und der Ahmadinedschads verdeutlicht dies. Eine im Vergleich versöhnlicher ausgerichtete Diplomatie, wie sie etwa von Hassan Rouhani zu erwarten ist, dürfte es eher ermöglichen, Interessenskonvergenzen beispielsweise im Nukleardossier zu erarbeiten und Auswege aus der politischen Sackgasse aufzuzeigen. Dies setzt jedoch eine entsprechende Bereitschaft der P5+1-Staaten voraus, Iran als Gesprächspartner auf Augenhöhe wahrzunehmen und glaubwürdige Verhandlungsangebote unterbreiten zu wollen. Eine nur vage gehaltene Aussicht auf Aufhebung mancher Sanktionen wird nicht ausreichen. Dies muss auch im Falle des Wahlerfolgs eines für den Westen eher unbequemen Präsidenten gelten.

Es ist davon auszugehen, dass nach der Amtseinführung und Regierungsbildung im Spätsommer Ruhe auf der politischen Ebene des Iran einkehren wird. Die vielen, zum Teil offen ausgetragenen Konflikte dürften sich entspannen. Aus einer solchen innenpolitischen Ausgangssituation wird Iran außenpolitisch handlungsfähiger und kohärenter hervorgehen. Auch dies vermag den diplomatischen Umgang mit Teheran zu erleichtern: Der daraus entwickelte außenpolitische Mut des Iran kann einhergehen mit der Bereitschaft, gemeinsame Interessen in den Vordergrund zu stellen und entsprechende Lösungswege einzuschlagen.

Umgang mit der iranischen Gesellschaft

Ausgehend von den obigen Ausführungen zur Wahlbeteiligung ist das im Westen weit verbreitete Bild einer sich gegenüber dem Staat antagonistisch positionierenden Bevölkerung verkürzt. Mit einem solchen Bild wird zum einen übersehen, dass ein in seiner Größe nicht zu unterschätzender Bevölkerungsanteil das Regime weiter unterstützt; zum anderen wird ignoriert, dass selbst unter dem unzufriedenen Gesellschaftsanteil die Tendenz überwiegt, innerhalb der gesetzten Rahmenbedingungen der Islamischen Republik einen Weg zu einer besseren politischen Zukunft zu suchen. Schließlich scheinen die Alternativen – Aufstand oder Apathie – noch weniger aussichtsreich.

Diese Erkenntnis muss im Umgang mit der iranischen Gesellschaft berücksichtigt werden. Stets ertönt aus westlichen politischen Kreisen der Wunsch, die iranische Bevölkerung unterstützen zu wollen und ihr zu zeigen, dass man ihr trotz der politischen Dissonanzen wohlgesonnen sei. Damit einhergehend wird die Frage formuliert, wie man die iranische Zivilgesellschaft stärken könne. Die Antwort hierauf ist recht simpel: Die iranische Zivilgesellschaft kann gestärkt werden, indem man aufhört, sie zu schwächen. Das internationale Sanktionsregime verschlechtert in erster Linie die Lebenssituation der Bevölkerung. Hierbei trifft es besonders die breite Mittelschicht;¹⁶ jenen Teil der Gesellschaft also, der sich durch eine tendenziell pro-westliche Haltung auszeichnet. Familien sind aufgrund des Wertverfalls des Rial nicht mehr in der Lage, ihre Kinder zum Studium

16. Vgl.: Bijan Khajepour / Reza Marashi / Trita Parsi: »Why Sanctions Aren't Working«, 26 März 2013; <http://www.niacouncil.org/site/News2?page=NewsArticle&id=9077>.



ins Ausland zu schicken. Eine mögliche wirtschaftliche Emanzipation des tatsächlich privaten Sektors ist nicht möglich, da der Außenhandel stark eingeschränkt und nur über staatlich besetzte, teilweise informelle Kanäle abzuwickeln ist. Gleichzeitig sind Banktransfers ins Ausland mittlerweile unmöglich. So ist zu beobachten, dass das sich weiter zuspitzende Sanktionsregime die Abhängigkeit der Gesellschaft vom Staat verstärkt und der strategisch-strukturelle Vorsprung des Staates gegenüber der Gesellschaft ausgeweitet wird.

Diese Sachverhalte erfordern eine neue Iran-Politik, welche den veralteten Ansatz »Zuckerbrot & Peitsche« endlich hinter sich lässt. Die hier beschriebene Möglichkeit eines aus der Präsidentschaftswahl außenpolitisch mutiger hervorgehenden Iran sollte dazu genutzt werden, eine lösungsorientierte und ihrerseits mutige Diplomatie gegenüber dem Iran zu entwickeln.



Über den Autor

Adnan Tabatabai ist ein in Berlin lebender Politologe und Iran-Experte. Er ist Lehrbeauftragter der Humboldt-Universität Berlin und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Doktorand der Universität Duisburg-Essen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Hajo Lanz, Leiter, Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7421 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-563-8